IMT Nuremberg Archives

H – 1789

International Court of Justice

Neurath No. 59

Defense Exhibit No. .....

Die Rede des Reichsministers des Auswaertigen Freiherrn von Neurath vom 16. Oktober 1933 vor der auslaendischen Presse

(zit. aus: "Abruestung und Sicherheit" von Dr. K. Schwendemann Band 2, Seite 481 bis 93)

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
NUERNBERG, GERMANY
NR Exhibit 59
Filed 6/24/46

H1789 – 0002

Kein Krieg kann Dauerzustand der Menschheit werden. Kein Frieden kann die Verewigung des Krieges sein. Einmal muessen Sieger und Besiegte den Weg in die Gemeinschaft des gegenseitigen Verstaendnisses und Vertrauens wiederfinden. Die bewusste Deklassierung Deutschlands aber, die darin liegt, dass man jedem Volk der Welt ein selbstverstaendliches Recht zubilligt, das nur dem deutschen Volk allein vorenthalten wird, empfinden wir als die Verewigung einer Diskriminierung, die fuer uns unertraeglich ist."

Damit ist die Kernfrage, um die sich die ganze heutige Politik dreht, und auf die eine eindeutige Antwort erteilt werden muss, klar gekennzeichnet. Will man die Teilung der Voelker in Sieger und Besiegte verewigen oder will man endlich den Grundsatz zur Anerkennung bringen, dass alle Staaten gleichberechtigte Mitglieder der Voelkergemeinschaft sind ? Die Anerkennung und Verwirklichung dieses Grundsatzes ist entscheidend fuer jede internationale Zusammenarbeit. Das haben alle Staatsmaenner seit Jahren theoretisch als selbstverstaendliche Wahrheit verkuendet. Man hat sich aber bisher nicht entschliessen koennen, die notwendigen praktischen Folgerungen daraus zu ziehen. Am letzten Sonnabend ist in Genf klar zutage getreten, dass man dem deutschen Volke in einer seiner hoechsten Existenzfragen, in der Frage seiner nationalen Sicherheit, die Gleichberechtigung versagt. Damit haben die Maechte das Fundament zerstoert, auf dem allein sich ein ehrliches und fruchtbares Zusammenwirken der Voelker denken laesst. Sie haben damit Deutschland die Moeglichkeit genommen, sich im Rahmen der Genfer Institution an den Beratungen der aktuellen internationalen Probleme zu beteiligen. Mit dem offenbaren Willen zur grundsaetzlichen Diskriminierung Deutschlands haben sie den Grundgedanken des Voelkerbundes verletzt, haben sie selbst bekundet, dass sie auf eine aufrichtige und reale Zusammenarbeit mit Deutschland keinen Wert legen. Das deutsche Volk wuerde sich selbst diffamieren und wuerde nicht ehrlich handeln, wenn es trotz dieser Sachlage seinerseits noch den Schein einer solchen Zusammenarbeit aufrechterhalten wollte.

Es ist notwendig, bei einem so bedeutungsvollen Wendepunkt der politischen Entwicklung daran zu erinnern, dass die Forderung der Gleichberechtigung von Deutschland keineswegs erst waehrend der Abruestungsverhandlungen dieses und des vorigen Jahres gestellt worden ist. Deutschland hat diese Forderung seit dem Tage erhoben, an dem sein Eintritt in den Voelkerbund zum ersten Male zur Diskussion gestellt wurde. Sie stand schon im Mittelpunkt der diplomatischen Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und den damaligen Ratsmaechten, die Ende 1924 dem Eintritt Deutschlands in den Voelkerbund vorausgingen. In der ersten amtlichen Kundgebung des Voelkerbundsrates an die deutsche Regierung vom Dezember 1924 stehen die folgenden Worte, die ohne jeden Kommentar fuer sich selbst sprechen :

" Der Rat nimmt Kenntnis davon, dass die deutsche Regierung in Ansehung der Voraussetzungen, unter denen Deutschland in den Voelkerbund einzutreten wuenscht, auf jede Absicht verzichtet, fuer Deutschland, besondere Vergunstigungen zu verlangen, dass sie aber erwartet, dass dieser Eintritt sich auf dem Fuss der Gleichberechtigung vollzieht.

H1789 - 0003

Der Rat stellt fest, dass die zehn befragten Regierungen (d.h. die Ratsmaechte) ueber die Voraussetzung voellig einig sind."

Diese Feststellung ist seither die selbstverstaendliche, bei jeder Gelegenheit von neuem betonte Voraussetzung und Grundlage fuer die gesamte Betaetigung Deutschlands im Voelkerbunde gewesen. Sie allein konnte auch die Grundlage fuer die Haltung Deutschland in der Abruestungsfrage sein.
Denn diese Frage war von vornherein derjenige Teil des Voelkerbundprogramms, bei dessen Behandlung sich zu entscheiden hatte, ob die Maechte es mit jener grundlegenden Feststellung des Voelkerbundrates ernst meinten oder nicht. Auch in dem Schlussprotokoll der Konferenz von Locarno, die ja den Weg fuer den Eintritt Deutschlands in den Voelkerbund endgueltig freimachen sollte, wurde die Loesung des Abruestungsproblems als wichtigste Aufgabe des Voelkerbundes gekennzeichnet. Denn es war klar, dass ohne gerechte Loesung dieses Problems von einer wirklichen Gleichberechtigung des einseitig entwaffneten Deutschlands nicht die Rede sein konnte.

Es waere leicht, Ihnen an Hand aller in den folgenden Jahren von deutschen Vertretern in Genf gehaltenen Reden vor Augen zu fuehren, mit welcher Konsequenz und mit welchem steigenden Nachdruck Deutschland stets auf die Einloesung jener Zusage gedrungen hat. Dabei ist, je staerker sich im Laufe der Jahre die politischen Widerstaende gegen die Durchfuehrung der allgemeinen Abruestung bemerkbar machten, von deutscher Seite umso deutlicher und um so ernster die Warnung ausgesprochen worden, dass das Schicksal des Voelkerbundes besiegelt sei, wenn er an der Aufgabe der Durchfuehrung der allgemeinen Abruestung und damit der Herstellung der Gleichberechtigung Deutschlands scheitern wuerde.

Es mag sein, dass man diese immer erneuten Warnungen nicht ernst genug genommen hat. Das waere denn nicht die Schuld Deutschlands. Niemand konnte aber an dem Ernste mehr zweifeln, als Deutschland sich im Sommer vorigen Jahres wegen der damals schon offenbar werdenden Verweigerung der Gleichberechtigung von der Abruestungskonferenz zurueckzog. Selbstverstaendlich war es damals so wenig wie heute das Ziel der deutschen Politik, einfach das Scheitern der Abruestungskonferenz festzustellen und sich mit diesen katastrophalen negativen Ergebnis zu begnuegen. Die deutsche Regierung hat deshalb damals sofort versucht, ueber die entstandene Lage durch diplomatische Verhandlungen hinwegzukommen. Die Verhandlungen fuehrten zu der bekannten Fuenf-Maechte-Erklaerung vom 11. Dezember, die unsere Gleichberechtigung anerkannte und ihre Verwirklichung in der Abruestungskonvention versprach

H1789 - 0004

Alle Versuche, den mangelnden eigenen Abruestungswillen mit Vorwuerfen gegen Deutschland zu verschleiern und die Verantwortung uns zuzuschieben, sind deshalb vergeblich. Wir haben an den Genfer Abruestungsverhandlungen mit der groessten Geduld und Maessigung teilgenommen. Fuenf Jahre lange haben wir waehrend der Arbeiten der Vorbereitenden Abruestungskommission versucht, wege zu zeigen die zur Abruestung fuehren koennten. Das Ergebnis war, dass nur Umwege angelegt wurden, die von der Abruestung wegfuehrten. Auf der Abruestungskonferenz selbst haben wir durch unsere eigenen Anregungen und durch die Unterstuetzung aller anderen Vorschlaege die auf wirkliche Abruestung zielten, zu dem Erfolge der Konferenz beizutragen versucht.

H1789 - 0005

Alle unsere Bemuehungen sind umsonst geblieben. Wenn wir forderten, dass eine scharfe Grenze zwischen Defensiv- und Offensiv-Waffen gezogen und dass die Offensiv-Waffen allgemein verboten wurden, dann wurde die Moeglichkeit einer solchen Abruestung entweder geleugnet oder aber eine Abgrenzung vorgeschlagen, bei der auch die schwersten Angriffswaffen zu harmlosen Verteidigungsinstrumenten wurden; wohlverstanden in den Haenden der anderen Maechte, nicht aber in den Haenden Deutschlands. Denn man verlangte, dass Deutschland auch weiterhin auf diese harmlosen Verteidigungsinstrumente zu verzichten haette.

Bei dem Vorherrschen eines solchen Geistes mussten wir seit langem befuerchten, dass die Verhandlungen der Konferenz nicht zum Erfolge fuehren wuerden. Trotzdem haben wir mit unserer Entschdung bis zum letztmoeglichen Augenblick gewartet. Unsere Delegati in Genf hat sich bis in die letzten Stunden bemueht, auf die Gegeseite einzuwirken und sie zu einer verstaendnisvolleren Haltung zu bewegen. Dabei wurde ihr in Aussicht gestellt, dass die Erklaerung Sir John Simons von einem versoehnlicheren Geiste getrage sein wuerde. Wir haben diese Rede abgewartet; sie hat uns nichts anderes gebracht als eine abermalige schwere Enttaeuschung. Unser Entschluss konnte nun nicht mehr laenger aufgeschoben werden.

Meine Damen und Herren. Sie werden mich vielleicht fragen: Was nun ? Die Antwort auf diese Frage ist aber nicht Sache Deutschlands, sondern Sache der anderen Maechte. Diese haben jetzt das Wort. Die Konferenz in Genf mag doch zeigen, ob sie etwas leisten kann. Unser Ausscheiden braucht fuer ihr Arbeiten kein Hindernis zu bilden, da wir abgeruestet sind, und da niemand den gewaltigen Ruestungsabstand zwischen uns und den anderen leugnen kann. Die anderen haben jetzt zwar nicht mehr die Moeglichkeit, ihre Bemuehungen auf eine zweite Entwaffnung Deutschland zu konzentrieren; dafuer zeigt sich ihnen aber hoffentlich um so klarer die Aufgabe, sich ueber ihre gegenseitige Abruestung zu einigen. Sie haben damit auch das kuenftige Schicksal des Voelkerbundes, in der Hand, dessen Versagen in der Durchfuehrung der allgemeinen Abruestung und der Herstellung der deutschen Gleichberechtigung ihn jeden Wertes fuer Deutschland beraubt hat. Er hat sein praktisches Hauptziel, die Ausfuehrung des Artikels 8 seiner Sitzung, nicht erfuellt. Damit haben die hochgeruesteten Staaten eine der elemantarsten ihrer Bundespflichten verletzt. Deutschland wird selbstverstaendlich ernste Abruestungsvorschlaege jederzeit pruefen und auch weiterhin bereit bleiben, sich auf der Grundlage der Gleichberechtigung ueber sein kuenftiges Ruestungsregime zu verstaendigen.

(Zit. aus " Abruestung und Sicherheit"
von Dr.K.Schwendemann
Band 2, Seite 481-493)

Fuer die Richtigkeit der Abschrift bestaetigt :

V. Dr. Luedinghausen

gez. Frhr. von Luedinghausen

(Dr.Frhr.von Luedinghausen)
Rechtsanwalt und Notar.

H1789 - 0006

59

NR. 59

H-1789

NEURATH EXHIBIT NR. 59

Filed June 22, 1944

Vorgelegt von:

Dr. Frhr.v.Luedinghausen.

H1789 - 0007

Neurath Exh. 59